

Beilage 5.2.

15. März 2017

Aussetzung der Abschiebung von Geflüchteten nach Afghanistan

Sehr geehrter Herr Innenminister,

einem Bericht des UNHCR zufolge gab es in Afghanistan im vergangenen Jahr so viele zivile Opfer wie seit sechs Jahren nicht mehr. Der Uno-Mission in Afghanistan (Unama) zufolge wurden 2016 rund 11.500 Tote verzeichnet, ein Drittel davon waren Kinder. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um 3%.

Nach Schleswig-Holstein und Berlin zweifeln nun auch Bremen, Niedersachsen, Thüringen und Rheinland-Pfalz an der Sicherheitslage in Afghanistan. Diese Bundesländer haben deshalb die Rückführungen abgelehnter Asylbewerber nach Afghanistan bis zur Klärung der Sicherheitslage zurückgestellt. Auch Ministerpräsident Kretschmann aus Baden-Württemberg verlangt eine aktualisierte Bewertung der Sicherheitslage, und die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler, fordert einen völligen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan.

Der vom Bundesministerium des Inneren angeforderte UNHCR-Bericht von Dezember 2016 macht deutlich, dass sich die Lage in Afghanistan seit dem Verfassen der UNHCR Richtlinien zur Feststellung des internationalen Schutzbedarfs afghanischer Asylsuchender im April 2016 nochmals drastisch verschlechtert hat. Der Bericht sieht ganz Afghanistan von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifikationsrichtlinie betroffen, die Anzahl der zivilen Opfer stieg im Vergleich zu den letzten sechs Jahren drastisch an. Aufgrund der generell sehr volatilen Sicherheitslage in Afghanistan ist laut UNHCR ein pauschalisierender Ansatz, der bestimmte Regionen hinsichtlich der Gefahr von Menschenrechtsverletzungen als sichere und zumutbare interne Schutzalternative ansieht, nicht möglich. Diese Einschätzung bestätigt letztendlich auch das Auswärtige Amt der Bundesregierung, auf dessen Homepage es aktuell wortwörtlich heißt: „Vor Reisen nach Afghanistan wird dringend gewarnt. Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein.“

Die im Dezember begonnenen Sammelabschiebungen, an denen sich Bayern beteiligte, lösten in Deutschland erneut Proteste aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft aus. Die meisten der abgeschobenen Afghanen waren schon zwei bis fünf Jahre oder sogar länger in Deutschland. Manche hatten bereits einen Beruf ergriffen oder waren auf dem Weg in eine Ausbildung. Mit der Abschiebung von mittlerweile bereits 60 Afghanen – darunter 26 aus Bayern – wird riskiert, dass diese selbst eines der vielen zivilen Opfer des innerstaatlichen Konflikts werden.

Die Innenministerien von Rheinland-Pfalz und Bremen berufen sich bei der Aussetzung der Abschiebungen nach Afghanistan ebenfalls auf den UNHCR-Bericht. In Bremen hatten die Einzelfallprüfungen bislang jeweils Abschiebehindernisse, darunter auch Sicherheitsbedenken, zum Ergebnis. Bereits sechs Bundesländer haben sich gegen eine derzeitige Abschiebung nach Afghanistan ausgesprochen und es werden zweifellos weitere folgen.

Bei Rückfragen kontaktieren Sie bitte:

Geschäftsstelle der AGABY 0911/ 92 31 89 90

Geschäftsstelle des Ausländer- und Integrationsbeirats der Stadt Erlangen: 09131/ 86 13 38

Herr Innenminister, auch Bayern muss jetzt handeln. Afghanistan ist kein sicheres Land, weder für die Menschen dort, noch für die Asylbewerber hier in Deutschland, denen eine Abschiebung nach Afghanistan droht.

Abschiebungen in ein Kriegs- und Krisengebiet sind inhuman und unverantwortlich. Sie widersprechen den Werten und Regeln unserer Verfassung.

Wir fordern Sie deshalb dazu auf, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und ebenfalls die Abschiebung von Geflüchteten nach Afghanistan auszusetzen.

Hier kommen Ihre Unterschriften...

Bei Rückfragen kontaktieren Sie bitte:

Geschäftsstelle der AGABY 0911/ 92 31 89 90

Geschäftsstelle des Ausländer- und Integrationsbeirats der Stadt Erlangen: 09131/ 86 13 38